

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin | Postfach 12 53 | 53002 Bonn

Herrn Peter Fitzek
"Königreich Deutschland"
Pestalozzistraße 14
06886 Wittenberg

04.07.2013

GZ: Q 32-QF 5000-2013/0015(43799) - Go (Bitte stets angeben)
2013/0535621

Nicht eingetragener Verein "Königreich Deutschland"

Betreiben von Versicherungsgeschäften ohne Erlaubnis nach §§ 1, 5 VAG
Anhörung gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG vor Erlass förmlicher Maßnahmen
nach §§ 81f, 83b VAG

Mein Anhörungsschreiben vom 11.06.2013

Schreiben Ihres Rechtsanwalts Herrn Rico Schumann vom 20.06.2013

Sehr geehrter Herr Fitzek,

der von Ihnen bevollmächtigte Rechtsanwalt, Rico Schumann, hat mit Schreiben vom 20.06.2013 (Anlage) das Mandat niedergelegt und die Entgegennahme meines Anhörungsschreibens vom 11.06.2013 unberechtigt verweigert.

Um sicherzustellen, dass Sie von meinem Anhörungsschreiben Kenntnis erlangen, füge ich meinem heutigen Schreiben vorsorglich eine Mehrfertigung besagten Schreibens als Anlage bei. Allein zur Vermeldung Ihnen durch das Verhalten Ihres Rechtsanwalts entstehender rechtlicher Nachteile gewähre ich Ihnen über die in meinem Anhörungsschreiben vom 11.06.2013 gesetzte Frist eine **Fristverlängerung von zwei Wochen ab Datum meines heutigen Schreibens**. Nach Fristablauf müssen Sie mit dem Erlass förmlicher Verfügungen nach §§ 81f, 83b des Gesetzes über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen (Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG) rechnen.

**Abteilung
Erlaubnispflicht und
Verfolgung unerlaubter
Geschäfte**

Hausanschrift:
Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn | Germany

Kontakt:
Herr Gohr
Referat Q 32
Fon +49 (0)2 28 41 08-1853
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550
poststelle@bafin.de
www.bafin.de

Zentrale:
Fon +49 (0)2 28 41 08-0
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550

Dienststelle:
53117 Bonn
Graurheindorfer Str. 108
Georg-von-Boeselager-Str. 25

53175 Bonn
Dreizehnmorgenweg 44-48

60439 Frankfurt
Marie-Curie-Str. 24-28

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin

Seite 2 | 2

Klarstellend merke ich an, dass Ihnen das Schreiben vom 24.05.2013 bereits förmlich zugestellt wurde. Diesbezüglich erachte ich eine Fristverlängerung als nicht angezeigt.

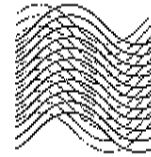
Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
gez. Gohr



Beglaubigt

Tarifbeschäftigte

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin

BaFin | Postfach 12 53 | 53002 Bonn

Peter Fitzek
als sog. "oberster Souverän" des nicht
eingetragenen Vereins "Königreich
Deutschland"
Pestalozzistraße 14
06886 Lutherstadt Wittenberg

11.06.2013

GZ: Q 32-QF 5000-2013/0015(43799) - Go (Bitte stets angeben)
2013/0345431

Nicht eingetragener Verein "Königreich Deutschland"

Betreiben des Versicherungsgeschäfts ohne Erlaubnis nach §§ 1, 5 VAG
Anhörung gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG vor Erlass förmlicher Maßnahmen
nach §§ 81f, 83b VAG

Sehr geehrter Herr Fitzek,

nach meinen Erkenntnissen betreiben Sie als sog. „*oberster Souverän*“
des nicht eingetragenen Vereins „*Königreich Deutschland*“ (nachfolgend
neV) das Versicherungsgeschäft ohne die nach §§ 1, 5 des Gesetzes
über die Beaufsichtigung der Versicherungsunternehmen
(Versicherungsaufsichtsgesetz - VAG) erforderliche Erlaubnis.

I.

Unter <http://koenigreichdeutschland.de/de/reichsgesetzblatt.html>
veröffentlichten Sie am 23.10.2012 im „*Reichsgesetzblatt Nr. 1*“
folgende „*Gesetze*“:

- „*Gesetz zur Errichtung einer staatlichen Sozialversicherung
des Königreichs Deutschland*“ (nachfolgend: SozV)
- „*Gesetz zur Errichtung einer staatlichen Versicherung des
Königreichs Deutschland*“ (nachfolgend SV)
- „*Gesetz zur Errichtung einer Schadensausgleichskasse des
Königreichs Deutschland*“ (nachfolgend SK)

1.

a) Deren Leistungsspektrum umfasst gemäß:

- § 1 Abs. 1 Satz 3 SK:

**Abteilung
Erlaubnispflicht und
Verfolgung unerlaubter
Geschäfte**

Hausanschrift:
Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108
53117 Bonn | Germany

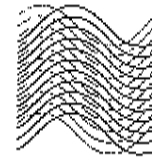
Kontakt:
Herr Gohr
Referat Q 32
Fon +49 (0)2 28 41 08-1853
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550
poststelle@bafin.de
www.bafin.de

Zentrale:
Fon +49 (0)2 28 41 08-0
Fax +49 (0)2 28 41 08-1550

Dienststelle:
53117 Bonn
Graurheindorfer Str. 108
Georg-von-Boeselager-Str. 25

53175 Bonn
Dreizehnmorgenweg 44-48

60439 Frankfurt
Marie-Curie-Str. 24-28



Seite 2 | 7

- „ - *Allgemeine Haftpflicht*
 - *Kraftfahrthaftpflicht*
 - *Autokasko*
 - *Autoinsassenunfall*
 - *Allgemeiner Unfall*“
- Art. 4 Abs. 1 SV:
 - „ - *Schadenversicherung*
 - *Sachversicherung*
 - *Haftpflichtversicherung*
 - *(Haft-) Pflichtversicherung*
 - *Transportversicherung*
 - *Gebäudeversicherung*“
- Art. 4 Abs. 1 SozV:
 - „ - *Absicherung im Krankheitsfall*
 - *Absicherung im Pflegefall*
 - *Rentenversicherung*
 - *Unfallversicherung*“

Die jeweiligen „Gesetze“ sind mit ihrer „Verkündung“ (also am 23.10.2012) in Kraft getreten - vgl. die inhaltsgleichen Art. 7 SV und SozV sowie § 14 SK.

b) Die wortgleichen Art. 4 Abs. 2 Satz 1 SozV und SV haben folgenden Inhalt:

„Die staatliche Versicherung gewährt den Versicherten einen Rechtsanspruch auf die versicherte Leistung.“

Gemäß § 2 Abs. 2 Satz 2 des „Gesetzes“ über die SK beginnt der „Deckungsschutz“ mit Abschluss eines „Deckungsschutzvertrags“.

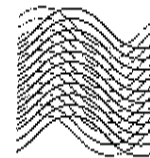
c) Aus den wortgleichen Art. 4 Abs. 2 Satz 2 SozV bzw. SV folgt, dass der Versicherungsschutz von der vorherigen Bezahlung der Versicherungsprämie abhängt. Den „Gesetzen“ sind keine Einzelheiten zur Kalkulationsgrundlage der jeweiligen Angebote zu entnehmen.

Gemäß § 9 des „Gesetzes“ über die SK sollen sämtliche der SK entstandenen Kosten nach einem nicht weiter konkretisierten „Verrechnungsschlüssel“ auf Ihre Vertragspartner umgelegt werden.

2.

Bei der Durchsuchung Ihrer Wohn- und Geschäftsräume am 25.04.2013

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin

Seite 3 | 7

stellte Ich insgesamt 26 „Anträge auf Staatsangehörigkeit in das Königreich Deutschland“, eine Urkunde mit der laufenden Nummer 66 über das erfolgreiche Bestehen einer „Staatsangehörigkeitsprüfung“ (ausgestellt auf den Namen Silvio Richter) sowie eine Liste aller Teilnehmer des „Seminars zum Erwerb der Staatsangehörigkeit des Königreichs Deutschland“ sicher.

Darüber hinaus stellte Ich auch den Entwurf eines „Leistungskatalogs der Deutschen Gesundheitskasse (DGK)“ und eines „Ausführungsgesetzes für die Deutsche Gesundheitskasse (DGK)“ sicher.

II.

Auf der Grundlage meiner bisherigen Erkenntnisse gehe Ich davon aus, dass Sie mit der SV, der SK und der SozV erlaubnispflichtige Versicherungsgeschäfte im Sinne der §§ 1, 5 VAG betreiben.

Schon allein die Bezeichnung der SozV und der SV als „Versicherung“ sowie die Verwendung versicherungswirtschaftlicher Fachbegriffe wie „Allgemeine Haftpflicht“, „Kraftfahrthaftpflicht“ und „Autokasko“ im „Gesetz“ über die SK begründen diese Annahme.

1.

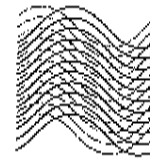
Versicherungsgeschäfte liegen nach ständiger Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts

„[...] dann vor, wenn gegen Entgelt für den Fall eines ungewissen Ereignisses bestimmte Leistungen übernommen werden, wobei das übernommene Risiko auf eine Vielzahl durch die gleiche Gefahr bedrohter Personen verteilt wird und der Risikoübernahme eine auf dem Gesetz der großen Zahl beruhende Kalkulation zugrunde liegt“.

a) Sie werden entgeltlich tätig.

Für die SozV und die SV folgt dies aus dem gleichlautenden Art. 4 Abs. 2 Satz 2 der „Gesetze“ über die SozV und die SV, die die Versicherten zur fristgerechten Zahlung ihrer „Versicherungsprämien“ verpflichten.

Auch die SK arbeitet nicht unentgeltlich. Nach § 9 des „Gesetzes“ über die SK werden sämtliche Kosten nach einem nicht näher beschriebenen Schlüssel auf die Versicherten umgelegt. Die Gemeinschaft der Versicherten trägt somit die allgemeinen Verwaltungskosten der SK sowie die aus der Schadensregulierung folgenden Kosten. Das



Seite 4 | 7

Versicherungsgeschäft kann auch im Umlageverfahren betrieben werden. Dies folgt schon aus § 24 Abs. 1 VAG.

Dass Sie bislang keine Prämien erheben, ist unerheblich. Für das Tatbestandsmerkmal der Entgeltlichkeit reicht es aus, dass Sie vertraglich über eine entsprechende Befugnis verfügen. Wann Sie diese umsetzen, steht in Ihrer freien Entscheidung - Ihre Vertragspartner haben diesbezüglich kein Mitspracherecht.

b) Ihre Leistungsversprechen hängen von einem ungewissen Ereignis ab.

Die SK, die SozV und die SV sichern Risiken ab, deren Eintritt ebenso wie die Höhe der dadurch entstehenden Kosten vom allgemeinen Lebensrisiko der Versicherten abhängen. Daher ist bei Vertragsschluss unklar, welcher Ihrer Vertragspartner Ansprüche in welcher Höhe geltend machen wird.

c) Ihr Garantleversprechen ist auch hinreichend konkretisiert.

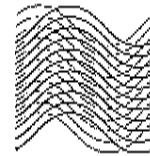
Sie benennen in Ihren „Gesetzen“ einzelne Risiken (z.B. das Krankheitsrisiko oder das Risiko des Eintritts eines Pflegefalls). Dabei bestehen keine weiteren - verbindlichen - Leistungskataloge, die Art und Umfang Ihrer Vertragsleistungen weiter konkretisierten. Bei dem „Leistungskatalog der Deutschen Gesundheitskasse (DGK)“ handelt es sich offensichtlich um einen bloßen, unverbindlichen Entwurf, der die Leistungen der „DGK“, die Sie ausweislich des Entwurfs eines „Ausführungsgesetzes für die [DGK]“ zu gründen beabsichtigen, beschränkt.

Mangels einer wirksamen - Einschränkung Ihres Garantleversprechens gehe ich daher unter Berücksichtigung der allgemeinen Grundsätze der Vertragsauslegung (§§ 133, 157 BGB) davon aus, dass Sie mit der SozV, der SV und der SK versprechen, Ihre Vertragspartner (also Ihre im neV aufgenommenen „Untertanen“) von allen Kosten freizuhalten, die diesen durch die Realisierung eines in den „Gesetzen“ über die SozV, die SV und die SK genannten Risikos entstehen.

d) Sie verteilen die von Ihnen übernommenen Risiken auf eine Vielzahl durch die gleiche Gefahr bedrohter Personen.

Dies folgt unmittelbar aus § 9 des „Gesetzes“ über die SK. Danach legen Sie sämtliche Kosten der SK (also auch die Kosten aus Ihrer Inanspruchnahme) nach einem nicht näher beschriebenen Schlüssel auf die Gesamtheit der Versicherten um.

**Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht**



BaFin

Selte 5 | 7

Die „Gesetze“ über die SV und die SozV lassen nicht erkennen, dass Ihre Vertragspartner Ihnen mit ihren Beiträgen bloß die in dem jeweiligen einzelnen Vertragsverhältnis angefallenen Kosten erstatteten. Auch die Bezeichnung der SV und der SozV als Versicherung lässt eine solche Kalkulation nicht erwarten.

Da Ihre Vertragspartner nicht lediglich die durch sie entstandenen Kosten erstatten, lösen Sie das einzelvertragliche Schadens- und Kostenrisiko vom jeweiligen Vertrag und verteilen es auf die Gesamtheit aller Versicherten der SV, der SozV und der SK.

Vor diesem Hintergrund gehe ich auch davon aus, dass Ihre Kalkulation nicht auf dem individuellen (einzelsvertraglichen) Schadens- und Kostenrisiko beruht, sondern auf dem Gesetz der großen Zahl.

e) Ihr Garantieverprechen ist selbständig.

Ich kann nicht erkennen, dass es in einem inneren Zusammenhang zu anderen Rechtsgeschäften stünde, die geeignet wären, den Charakter der SozV, der SK und der SV derart zu überformen, dass deren Versicherungscharakter entfiere. Insbesondere besteht keine staatsbürgerliche Beziehung zwischen dem neV und seinen „Untertanen“, da es sich bei dem „Königreich Deutschland“ um keinen Staat handelt.

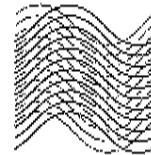
f) Sie gewähren einen Rechtsanspruch auf die Vertragsleistung.

Der Rechtsanspruch Ihrer Vertragspartner folgt unmittelbar aus dem gleichlautenden Art. 4 Abs. 2 Satz 1 der „Gesetze“ über die SozV und der SV. Dem „Gesetz“ über die SK ist kein rechtswirksamer Ausschluss auf die Versicherungsleistung zu entnehmen.

2.

Das Versicherungsgeschäft wird bereits mit der Werbung für entsprechende Leistungen betrieben. Daher ist es unerheblich, ob Sie bereits „Deckungsschutzverträge“ abgeschlossen haben. Ihre bloße Werbung für entsprechende Verträge durch die Veröffentlichung des „Gesetzes“ über die SK begründet bereits den Vorwurf der unerlaubten Geschäftstätigkeit.

Zudem haben Sie mit der Aufnahme von Mitgliedern in den neV bereits die (unerlaubte) Geschäftstätigkeit der SozV und der SV aufgenommen. Deren „Gesetze“ sehen – anders das „Gesetz“ über die SK – keine weitere Bedingung (wie z.B. den Abschluss eines weiteren Vertrags) für die Risikoübernahme vor, als die Mitgliedschaft im neV. Das Bestehen



Seite 6 | 7

des Versicherungsschutzes mit der Annahme der „Staatsbürgerschaft“ des „Königreichs Deutschland“ folgt aus der Statuierung der SozV und der SV als „Gesetze“. Nach allgemeinem Sprachgebrauch sind Gesetze allgemeinverbindliche Rechtsnormen. Dadurch, dass Sie sich mit Ihrem nicht eingetragenen (Versicherungs-)Verein als „Staat“ gerieren, auch wenn Sie die Voraussetzungen für einen Staat tatsächlich nicht erfüllen, müssen Ihre „Staatsbürger“ davon ausgehen, dass sie allein auf der Grundlage Ihrer Zugehörigkeit zum neV einen Rechtsanspruch aus den für sie geltenden „Gesetzen“ herleiten können.

Die Einschränkung des Art. 4 Abs. 2 Satz 2 der „Gesetze“ über die SV und die SozV kommt dabei so lange nicht zum Tragen, wie Sie noch keine Beiträge von Ihren „Untertanen“ erheben. Wie bereits dargelegt, sind Sie dabei nicht unentgeltlich tätig, da die „Gesetze“ bereits Ihre Befugnis zur Beitragserhebung enthalten. Die Entscheidung über die tatsächliche Beitragserhebung oder deren Höhe liegt in Ihrem freien Ermessen.

III.

Sie haben keine Erlaubnis nach §§ 1, 5 VAG und sind nicht zum Betrieb des Versicherungsgeschäfts befugt.

Dabei haften Sie persönlich für die im Namen des neV geschlossenen Verträge, vgl. § 54 Satz 2 BGB. Angesichts Ihrer Stellung als „oberster Souverän“ gehe ich davon aus, dass nur Sie im Namen des neV Verträge schließen.

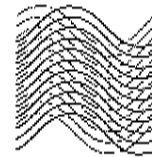
1.

Ich hätte daher Anlass, Ihnen gemäß § 81f Abs. 1 Satz 1 VAG förmlich, gebührenpflichtig und unter Zwangsgeldandrohung die sofortige Einstellung des Geschäftsbetriebs und die Abwicklung der Versicherungsgeschäfte des neV anzuordnen. Ich bin zudem nach § 81f Abs. 1 Satz 2 VAG befugt, für die Abwicklung der unerlaubten Versicherungsgeschäfte Weisungen zu erlassen und einen Abwickler zu bestellen.

2.

Gemäß § 83b Abs. 1 VAG haben ein Unternehmen, bei dem feststeht oder Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass es unerlaubte Versicherungsgeschäfte betreibt, sowie die Mitglieder der Organe und die Gesellschafter oder Beschäftigten eines solchen Unternehmens auf mein Verlangen Auskünfte über alle Geschäftsangelegenheiten zu erteilen und Unterlagen vorzulegen.

Bundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht



BaFin

Selte 7 | 7

IV.

Ich gebe Ihnen hiermit gemäß § 28 Abs. 1 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Gelegenheit, sich innerhalb einer Frist von **zwei Wochen ab Erhalt dieses Schreibens** zu den für den Erlass einer Untersagungsverfügung mit Abwicklungsanordnung und Zwangsgeldandrohung gemäß § 81f Abs. 1 Satz 1 VAG sowie eines Auskunfts- und Vorlegungsersuchens mit Zwangsgeldandrohung gemäß § 83b Abs. 1 VAG, erheblichen Tatsachen zu äußern und Nachweise vorzulegen, die eine andere Beurteilung der Sach- und Rechtslage zulassen.

Vorsorglich gebe Ich Ihnen auch In Bezug auf die mögliche Bestellung einer geeigneten Person als Abwickler (§ 81f Abs. 1 Satz 2 VAG) gemäß § 28 Abs. 1 VwVfG Gelegenheit zur Stellungnahme.

Vorsorglich welse ich Sie erneut auf die Strafbarkeit nach § 140 VAG hin.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
gez. Gohr

Duplikat

RICO SCHUMANN
RechtsanwaltRA Schumann-Lindenstr. 24 18465 TribseesBundesanstalt für
Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108

53117 Bonn

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht				
Eing.: 21. Juni 2013				
Gesch.-Z. <i>R3</i>				
Anl.				

Landgericht Stralsund

Lindenstr. 24
18465 Tribsees

Telefon: 038320 / 712023

Sparkasse Vorpommern
BLZ: 150 505 00
Kto: 100 139 280

Steuernummer: 082/272/03561

0734913 S 20.06.13

Ihre Geschäftsnummern:

Q 32-QF 5000-2013/0015 (43799) 2013/0345431

Q 32-QF 5000-2013/0074 (44382) 2013/0322182

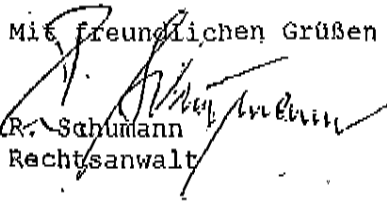
Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Gohr,

die mir in v. b. Angelegenheiten zugestellten Schriftstücke, datiert vom 24.05.2013 und zwei vom 11.06.2013, übersende ich Ihnen anliegend im Original wieder zurück.

Der Unterzeichner ist diesen Angelegenheiten nicht mandatiert. Auch eine Empfangsvollmacht besitzt der Unterzeichner nicht. Wohl aus diesem Grunde verlangen Sie die Beibringung einer Vollmacht durch den Unterzeichner. Ihnen dürfte als Rechtskundige Stelle bekannt sein, dass aus einer Bevollmächtigung in einer Angelegenheit (hier: Q 35-QF 5010-2013/0012 (43799)) nicht auf eine Generalvollmacht oder eine Bevollmächtigung in anderen Sachen geschlossen werden kann. Ein Zusammenhang kann hier auch nicht erkannt werden. Die Vollmacht ist stets ein höchst persönliches Rechtsgeschäft.

Ich bitte Sie, dies zukünftig zu beachten. Auf die Rechtsfolgen Ihrer unwirksamen Zustellung und Ihrer ungerechtfertigten Inanspruchnahme brauche ich Sie nicht gesondert hinzuweisen. Für die (unberechtigte) Inanspruchnahme des Unterzeichners (da Fristsetzung/Anhörung) wollen Sie bitte die anliegende Kostenrechnung in den nächsten Tagen direkt an den Unterzeichner ausgleichen.

Mit freundlichen Grüßen


Rico Schumann
Rechtsanwalt**Bafin**

Q 32-QF 5000-2013/0015



2013/0515817 21.06.2013

Ref. Q 32 Anlagen:

RICO SCHUMANN
RechtsanwaltRA Schumann Lindenstr. 24 18465 TribseesBundesanstalt
für Finanzdienstleistungsaufsicht
Graurheindorfer Str. 108

53117 Bonn

Landgericht Stralsund

Lindenstr. 24
18465 Tribsees

Telefon: 038320/712023

Sparkasse Vorpommern
BLZ: 150 505 00
Kto: 100 139 280

Steuernummer: 082/272/03561

0734813 S 20.06.13

GNr: Q 32-QF 5000-2013/0015 (43799) 2013/0345431
GNr: Q 32-QF 5000-2013/0074 (44382) 2013/0322182

Sehr geehrte Damen und Herren,

in v.g. Angelegenheit erlaube ich mir, Ihnen nachstehend meine heutige Liquidation verbunden mit der Bitte um Ausgleich zu übermitteln:

Rechnung Nr. 1300030

Leistungszeit: 14.06.2013 bis 20.06.2013

berechnet nach § 2 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)

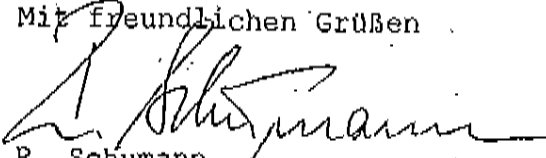
Gegenstandswert: 10.000,00 €
(2 x € 5.000,00)

Geschäftsgebühr §§ 13, 14, Nr. 2300 VV RVG	0,5	243,00 €
Zwischensumme der Gebührenpositionen		243,00 €
Pauschale für Post und Telekommunikation Nr. 7002 VV RVG		20,00 €
Zwischensumme netto		263,00 €
19 % Umsatzsteuer Nr. 7008 VV RVG		49,97 €
zu zahlender Betrag		312,97 €

Der v.g. Rechnungsbetrag ist zahlbar sofort.

Ich bitte um Überweisung des Rechnungsbetrages auf das im Brieffuß aufgeführte Konto unter Angabe der Rechnungsnummer.

Mit freundlichen Grüßen


R. Schumann
Rechtsanwalt